

Tagungen

Universität Amsterdam:
Symposium über die jugoslawische
Arbeiterselbstverwaltung

Die im Osten wie im Westen wachsende ökonomisch-politische Macht einer kleinen Schicht von Planern und Managern führt zu Überlegungen, wie deren Kompetenzen zugunsten der abhängig arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung eingeschränkt werden können. Dabei konzentriert sich das Interesse zunehmend auf das seit zwanzig Jahren in Jugoslawien erprobte Modell der Arbeiterselbstverwaltung.

Zu einer Diskussion der ideologischen und praktischen Aspekte dieses Modells waren auf Einladung des Osteuropa-Instituts der Universität vom 7. bis 9. Januar 1970 etwa 200 Teilnehmer nach Amsterdam gereist. Aus den sozialistischen Ländern hatte man außer der jugoslawischen Delegation auch mehrere tschechische Wissenschaftler und Manager eingeladen, denen die Reise in die Niederlande aber nicht möglich war.

Unter den Teilnehmern aus westlichen Ländern stellten die Wissenschaftler das Hauptkontingent, dicht gefolgt von Firmenvertretern und Abgesandten von Unternehmerverbänden; der niederländische Philips-Konzern allein hatte sieben Betriebssoziologen und Personalmanager nach Amsterdam entsandt. Die örtliche APO machte dann auch bald mittels Flugblättern und einer Rauchbombe darauf aufmerksam, daß hier über Arbeiter diskutiert wurde, ohne daß diese Gelegenheit hatten, an der Tagung teilzunehmen, sieht man von einigen wenigen Vertretern niederländischer und skandinavischer Gewerkschaften ab.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde deutlich, was die Unternehmenseite am jugoslawischen Modell interessiert: In größeren Betrieben hat man erkannt, daß es rationellere Organisationsformen gibt als den „Herr-im-Haus“-Standpunkt, daß es darauf ankommt, den Arbeitern und Angestellten einen gewissen eigenen Entscheidungsbereich einzuräumen, soll ihre Arbeitskraft optimal genutzt werden.

Das jugoslawische Modell der Selbstverwaltung durch Arbeiterräte geht freilich von anderen Voraussetzungen aus. Die zugrundeliegenden Vorstellungen sind eine Wiederauflage utopisch-sozialistischer Ideen über Genossenschaften von Produzenten, die autonom darüber entscheiden, was für wen produziert wird und wie der Ertrag gemeinsamer Anstrengungen zu verteilen sei. Beschlüsse über diese Fragen fallen in Jugoslawien weder in die Kompetenz von Kapitalgebern noch in die einer zentralen Planungsbürokratie; im Namen der Gesamtgesellschaft, die Eigentümer der Produktionsmittel ist, werden diese verwaltet und eingesetzt vom Arbeitskollektiv des jeweiligen Betriebs, vertreten durch seinen Arbeiterrat, laut Gesetz das höchste Organ der betrieblichen Selbstverwaltung. Der Arbeiterrat hat das Recht, die Grundsätze der Unternehmenspolitik zu bestimmen; er verabschiedet die Wirtschaftspläne und entscheidet über die Verwendung des Nettoertrags. In die Kompetenz des Arbeiterrats fällt außerdem die Wahl des Betriebsdirektors und des mit Exekutivfunktionen betrauten Verwaltungsausschusses.

In den Referaten der jugoslawischen Gäste wurde deutlich, daß die Vehemenz, mit der der Grundriß dieses Modells verteidigt wird, aus der ideologischen Konfrontation mit dem zentralverwalteten sowjetischen Wirtschaftssystem herrührt. Immer wieder wurde betont, daß letztlich das Absterben des Staates (durch zunehmende Dezentralisierung der Entscheidungen) das Ziel der Arbeiterselbstverwaltung sei — eine *Marx'sche* Vorstellung, die nach jugoslawischer Ansicht das genaue Gegenteil des in der Sowjetunion praktizierten Sozialismus darstellt.

Aber gerade an der Tatsache, daß in Jugoslawien eine zentrale Wirtschaftsplanung fak-

tisch nicht mehr vorhanden ist, entzündete sich die Kritik westlicher Tagungsteilnehmer. Professor *Eduard März* von der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte nannte das jugoslawische System kurz den „Laissez-faire-Sozialismus“. Einwände wurden dabei weniger gegen die Arbeiterselbstverwaltung als vielmehr gegen das in Jugoslawien wieder eingeführte Marktsystem gemacht.

Im Laufe der Diskussion kristallisierte sich unter westlichen Beobachtern der Szene die Meinung heraus, daß die Wirtschaftspolitik Jugoslawiens — nach dem weitgehenden Verzicht auf Planung — weniger von den Assoziationen der Produzenten in den Betrieben bestimmt wird als von den Gesetzen des Markts. Insbesondere nach der weiteren Liberalisierung der Wirtschaft durch die Reformen von 1965 sind es die „Sachzwänge“ von Angebot und Nachfrage, die die jugoslawische Entwicklung bestimmen. Das wurde auch von jugoslawischer Seite angedeutet, etwa in dem Referat von *Mitja Kamusic*, Rektor der Betriebswirtschaftsschule in Kranj, der davon sprach, daß „der verstärkte Einfluß des Markts und der Kapitalgeber auf die Geschäftspolitik der Unternehmen unweigerlich den Einfluß des Arbeitskollektivs und des Staates relativ gemindert hat“.

Im makroökonomischen Bereich hat sich das Marktsystem möglicherweise ungünstig ausgewirkt auf bestimmte Entwicklungen wie die hohe Inflationsrate, die Arbeitslosigkeit und die unterschiedliche Entwicklung in den nördlichen und südlichen Landesteilen. Ein Soziologe von der Brüsseler Freien Universität wies darauf hin, daß im Marktsystem keine politisch-gesellschaftlich optimale Zuteilung der Ressourcen erfolgt.

Auf der Ebene des Betriebs wirkt sich die Marktwirtschaft so aus, daß sich die Arbeiterselbstverwaltung den von Direktoren und Managern interpretierten „Sachzwängen“ des Marktes beugt. So entsteht aufs Neue eine Bürokratie von Experten, denen die Arbeiterräte nicht gewachsen sind und unter den gegenwärtigen Umständen auch nicht gewachsen sein können. Es wurden mehrere Beispiele zur praktischen Illustration dieses Tatbestands zitiert. So berichtete der Brite *F. B. Singleton* von der Universität Bradford von Arbeiterratsitzungen, auf denen fast ausschließlich das Management zu Wort kam.

Mehr augenfällige Folgen dieser Entwicklung sind die in letzter Zeit sich häufenden Streiks (wobei nach der Theorie die Arbeiter gegen sich selbst in den Ausstand treten). Das faktische Übergewicht des Managements führt dazu, daß die Arbeiter auf dem Bewußtseinsstand von Lohnabhängigen bleiben und sich dementsprechend in erster Linie für die Höhe ihres Einkommens interessieren und für ihre unmittelbaren Rechte am Arbeitsplatz. Diese Tendenzen auf Seiten der Arbeiter finden ihre

Entsprechung bei den Managern, die sich nicht scheuen, amerikanische Unternehmensberater für ihre Betriebe einzustellen (darüber berichtete *Emerik Blum*, Direktor des „Energoinvest“-Konzerns in Sarajevo).

Insofern hatte Professor *Rudi Supek*, der zum Kreis um die in Zagreb erscheinende philosophische Zeitschrift *Praxis* gehört, eine undankbare Aufgabe übernommen, als er sich in seinem Referat bemühte, nachzuweisen, inwieweit das System der Arbeiterselbstverwaltung die Entfremdung des Menschen aufhebt. Aus den Supeks Referat vorangegangenen Diskussionsbeiträgen war deutlich geworden, daß neue, einer sozialistischen Gesellschaft gemäße Formen der Produktion und Konsumtion in Jugoslawien noch nicht realisiert worden sind. Supek warnte jedoch davor, die Wirksamkeit zu unterschätzen, die in der Verpflichtung liegt, jede Entscheidung vor den Betriebsangehörigen oder dem Arbeiterrat verteidigen zu müssen. So ist das jugoslawische Modell, wie ein österreichischer Beobachter es formulierte, vielleicht weniger ein Räte-System als ein Zu-Rede-System; aber das ist mehr als den Arbeitern der meisten Länder zugestanden wird. *Claudia Pinl*

Amnesty International

Die deutsche Sektion von Amnesty International, der 1961 von dem englischen Anwalt *Peter Benenson* gegründeten Organisation zur Hilfe für politische Gefangene in aller Welt, hielt am 11. Januar 1970 im Schauspielhaus Wuppertal eine überfüllte Veranstaltung ab, deren Schirmherrschaft *Hilda Heinemann* die Frau unseres Bundespräsidenten Dr. Dr. *Gustav W. Heinemann* übernommen hatte und auf der sie anwesend war.

Carola Stern, Vorsitzende der deutschen Sektion, dankte für die Anteilnahme, die Frau Heinemann den Zielen und Aktivitäten der Organisation angedeihen läßt. Dieser Anteilnahme sei es zu danken, daß sich die Überzeugung durchgesetzt hätte, daß man nicht Kommunist sein müsse, um einem kommunistischen Gefangenen in Spanien, in Lateinamerika, in Griechenland zu helfen. Die Mitglieder der 180 Gruppen in der Bundesrepublik betreuen jeweils drei Gefangene, einen aus dem Osten, einen aus dem Westen und einen aus der Dritten Welt. Nicht selten hilft ein Geistlicher einem kommunistischen Gefangenen und ein Atheist einem wegen seiner christlichen Überzeugung Verfolgten.

Lore Lorentz vom Düsseldorfer Kommödchen begründete ihr Engagement für Amnesty International mit ihrem Selbsterhaltungstrieb. In einer Welt wie der unseren sei alles möglich, auch der Zufall, daß wir in Freiheit leben. Man könne sich nicht auf die Regierenden

verlassen, sondern müsse als einzelner tätig werden.

Heinrich Böll betonte, daß er zu niemandes Lustgewinn, etwa durch ein Politporno, beitragen wolle. In Portugal, Spanien, Rhodesien usw. werde gefoltert, würden Menschen wegen ihrer Hautfarbe und politischen Überzeugung verfolgt. Aber nicht über diese Länder wolle er in diesem Augenblick sprechen, sondern über Griechenland, dessen Machthaber Reinheit und Erneuerung des Christentums auf ihre Fahnen geschrieben haben. Er gab eine Zusammenfassung eines Amnesty-International-Berichts über Folterungen in Griechenland, die sich auf Zeugnisse politischer Häftlinge stützen. Körperliche und seelische Foltern, die von diesen Zeugen genau beschrieben wurden, werden von Innenminister *Patakos* geleugnet; er sagte zu den beiden englischen Anwälten, die den Bericht verfaßt haben, ein Kommunist sei kein Grieche und man solle Griechenland lieber aus dem Europarat ausschließen, als daß es noch länger diese ständige Einmischung in seine inneren Angelegenheiten hinnehmen müsse.

Heinrich Böll sagte weiter, wir sollten zu Amnesty International noch jeweils eine Amnesty National gründen. Wenn man das deutsche Vokabular in den laufenden Prozessen gegen die Demonstranten höre — z. B. das Wort Landfriedensbruch —, so sei es nicht einmal von 1870, als das deutsche Strafrecht geschaffen wurde, sondern aus dem Mittelalter, aus der Zeit der Bauernkriege. Er habe den Eindruck, daß die Bundesregierung einer Amnestierung ausweiche, die doch so dringend wie nur irgend etwas sei.

Prof. Dr. *Ulrich Klug* wies auf die Problematik hin, den Gewissenstäter juristisch zu bestimmen. Zu den objektiven Schwierigkeiten gesellten sich gesellschaftliche, die sich daraus ergeben, daß selbst demokratische Rechtsordnungen und Gesellschaften sich weigerten, den Überzeugungstäter zu berücksichtigen. So wollte z. B. *Gustav Radbruch*, Justizminister in der Weimarer Republik und bedeutender Rechtsphilosoph, ein Gesetz einbringen, das den Überzeugungstäter schützt; es ist ihm nicht gelungen. Die Probleme, die von Ordnungsfanatikern in allen Systemen und Rechtsordnungen nicht erleichtert würden, sollte man nicht nur theoretisch und juristisch zu lösen versuchen. Amnesty International hat darum eine wichtige Aufgabe neben der Hilfe für die Gewissenstäter: praktische Aufklärung. „Denn es gibt immer noch zuviel Richter, die sich nie irren, zu viele Denker, deren Systeme keine Lücken aufweisen; es gibt zuviel Juristen und zuwenig Menschen.“

Vilma Sturm begründete ihr Engagement aus christlicher Sicht. Das Gebot, Gefangene zu besuchen, sei im Evangelium niedergelegt. Die Heiligen haben es vorgelebt, so z. B. *Vinzenz von Paul*, der sich nach der Legende an

eine Galeere ketten ließ, um zu wissen, wie es einem Gefangenen zumute ist. Wir verstehen das Evangelium heute nicht mehr privat sondern gesellschaftsbezogen. Gefangene besuchen heißt danach, auch auf ihre Befreiung hinwirken. Amnesty International gibt in diesem Sinne ein Beispiel für biblisches Handeln; sie gibt auch ein Beispiel für gewaltloses Handeln — denn nichts steht ihr weniger zur Verfügung als Gewalt. Das gesprochene Wort, das das Weltgewissen wachrütteln soll, fungiert als Netz, durch das niemand durchfallen kann. Die alte hierarchische Ordnung, symbolisiert in der Pyramide, wird abgelöst durch die Horizontale der zusammenwirkenden Gruppen. Die Zusammenarbeit in der Gruppe für friedliche Ziele trifft auf Amnesty International in besonderer Weise zu; hier kann sich jeder uneigennützig betätigen und so an

einem Modell für große Weltaufgaben seine Kräfte üben, mit Einfällen und Vorstellungskraft.

Es gehört schon fast zum Ritual solcher Veranstaltungen, daß sich zum Schluß ein nach Jahren junger Mann erhebt und seine Unzufriedenheit mit der Veranstaltung zum Ausdruck bringt. So auch hier. Carola Stern sagte deshalb zum Abschluß, daß Amnesty International kein Heilmittel für alle Übel der Gesellschaft sei. Auch sei es nicht die Hauptsache, Amnesty International dazu zu benutzen, seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, sondern es gelte, den Gefangenen zu helfen. Sie bat, nicht nach Hause zu gehen, ohne bedacht zu haben, daß es etwas *zu tun* gilt, da es zu viele Bürger in diesem Staat gibt, die überhaupt nichts tun wollen.

Anne-Marie Fabian

Praxis der Erwachsenenbildung

Walter-Hammer-Gedächtnis-Ausstellung

Walter Hammer, bekannt durch sein Buch „Hohes Haus in Henkershand“, der Geschichte des Reichstags und seiner Mitglieder nach dem Ende der Weimarer Republik, hat von 1940 bis zur Befreiung durch die Rote Armee 1945 in Hitlers Folterkammern, Gefängnissen und Lagern zugebracht. — 1888 in Elberfeld als Sohn des Bäckers Hösterey geboren, legte er sich den Namen Hammer bei, inspiriert durch Nietzsches Schrift „Götzendämmerung oder wie man mit dem Hammer philosophiert“. Er gehörte zum linken Flügel der freideutschen Jugendbewegung und gründete die Zeitschriften „Junge Menschen“ und später den „Fakkelreiter“, in denen er für demokratischen Sozialismus, Pazifismus und Lebensreform eintrat. Seine Vaterstadt Wuppertal hat ihm, dem nach langem Leiden 1966 Gestorbenen, nun eine Ausstellung im Haus der Jugend gewidmet: „Walter Hammer — Schriften, Dokumente, Fotos“.

Zur Eröffnung sprachen seine Freunde Erich Lüth, Pressechef der Hansestadt Hamburg, und Hans K. Maeder, heute Direktor der Stockbridge School in Interlaken, Massachusetts USA. Erna Schulz-Hösterey, Walter Hammers Lebensgefährtin und Mitarbeiterin, war anwesend.

Erich Lüth fragte, was das Lebenswerk Hammers für die aufbegehrende Jugend bedeuten könne, wo bereits die Tragödie der tschechischen Studenten zu verblassen beginne. Wir sollten vergangene Katastrophen nicht zu schnell aus unserem Bewußtsein verdrängen und aus ihnen lernen. Das taten und beherzi-

gen immer einige und für diese sollte man das Andenken aufrechter Männer wie das seines Freundes Walter Hammer wachhalten.

1945 kehrte Walter Hammer freiwillig ins Zuchthaus Brandenburg zurück, um sich dafür einzusetzen, daß hier eine Gedenkstätte errichtet werde. Bis 1950 wirkte er dort, aber er lehnte das Ansinnen der kommunistischen Machthaber ab, *nur* der kommunistischen Widerstandskämpfer zu gedenken. Einer der Zuständigen sagte dann eines Tages kurz und unwiderruflich: „Det Panoptikum wird zue-mauert.“ Walter Hammer ging in den Westen und verlegte die Erinnerungsstätte an die Leidensgefährten in den geistigen Raum. Die Bücher „Der lautlose Aufstand“, „Hohes Haus in Henkershand“, das Walter-Hammer-Archiv auf Schloß Ludwigstein sind ein Teil dieser Erinnerungsstätte, aus der auch die Jugend für ihren Protest lernen könne. Walter Hammer lehnte sich übrigens gegen jedes elitäre Getue auf. Er sprach eine deutliche Sprache und verlangte sie auch von seinen Mitarbeitern. Erich Lüth schlug vor, man solle einen *Walter-Hammer-Preis für Jugendarbeit* stiften, bei dessen Verleihung jeweils sein Werk dargestellt werden könnte.

Hans K. Maeder, der aus Amerika zu dieser Feierstunde angereist war, berichtete, daß er in seiner Schule eine *Walter-Hammer-Gedächtnisbibliothek* eingerichtet habe, damit die Jugend, die nach Beispielen sucht, in seinem Geist forschen kann. Walter Hammer habe nie aufgegeben, an das Ideal der Menschlichkeit zu glauben. Er als sein Freund habe die Schule gegründet, damit junge Menschen nicht aus Unwissenheit in die Gefahr geraten, etwas dem Nazismus Vergleichbares, wie z. B. in Vietnam, zu tun.

In der Ausstellung sind zahlreiche Briefe und andere Dokumente von allgemeinem Inter-

esse zu sehen, die Hammer als Weggenossen und Anreger ausweisen, von Männern wie *Hermann Hesse, Martin Buber, Kurt Hiller, Ernst Toller, Friedrich Wolf, Gustav Wyneken, Kurt Klüber, Walter Fabian* und vielen anderen. Als Gründer des Fackelreiter Verlages hat er Autoren wie *Otto Lehmann-Rußbildt, Kurt Lamprecht, Hans Paasche, Paul von Schönaich, Ernst Lemmer* usw. herausgebracht.

In seiner Zeitschrift „Der Fackelreiter“ kämpfte er gegen den aufkommenden Nationalsozialismus für die Weimarer Republik. 1933 wird er in Schutzhaft genommen, seine Bücher werden verbrannt. Er emigriert nach Amsterdam und flüchtet weiter über viele Stationen, bis er 1940 von der dänischen Polizei an die Gestapo ausgeliefert wird.

Unter den Dokumenten ist eines besonders ergreifend. Als Hammer 1945 ins Zuchthaus Brandenburg ging, hat er eine Gefängniswand fotografiert. Die Inschriften in den verschiedenen Sprachen sprechen eine deutlichere Sprache als manches dicke Buch.

Rahel Behrend

Seminar über den NS-Film

Mitte Dezember 1969 veranstalteten die rührigen Organisatoren der Westdeutschen Kurzfilmtage in *Oberhausen* ihr zweites Arbeitsseminar über den NS-Film. Hatte das erste Seminar vor mehr als vier Jahren den Spielfilm der Hitlerjahre zum Thema, so stand diesmal der Dokumentarfilm auf dem Programm.

Diese Fortsetzung war logisch und nur zu berechtigt. Tatsächlich bietet der Dokumentarfilm der Propaganda nicht weniger große Möglichkeiten als der Spielfilm. Kann dort das ideologisch erwünschte Weltbild von der Fabelführung bis zur Rollenbesetzung in völlig freier Erfindung hergestellt werden, so besteht die Wirksamkeit der Dokumentarfilme gerade darin, daß sie als Dokument der Wirklichkeit ausgegeben und vom Publikum auch so verstanden werden, obwohl hier Realitätspartikel nach einem feststehenden Konzept willkürlich angeordnet und manipuliert sind.

Vier Tage sah man, nur unterbrochen durch Referate und Diskussionen, von morgens bis weit nach Mitternacht, alte Wochenschauen, Kultur- und Propagandafilme. Dabei reichte die Skala vom bombastischen Parteitagfilm „Triumph des Willens“ der *Leni Riefenstahl*, der zum erstenmal wieder gezeigt wurde, über unfreiwillige Grotesken wie „Kriegskamerad Pferd“ und „Ewiger Wald“, die heute nur komisch wirken, bis zu dem wohl schlimmsten, wahrhaft mörderischen Hetzfilm der Hitlerjahre „Der ewige Jude“, der Juden mit Ratten vergleicht und so absichtsvoll den Gedanken an Ungeziefervernichtung nahelegt.

Es gehört zu dem großen Komplex der sogenannten unbewältigten Vergangenheit, daß

die beiden für diesen Film Verantwortlichen nach dem Krieg nicht etwa wegen Anstiftung zum Mord vor Gericht gestellt wurden, sondern ihre Karriere ungehindert fortsetzen konnten: der Regisseur, „Reichsfilmintendant“ *Fritz Hippler*, als Arrangeur von Dokumentarfilmen, die dem deutschen Volk das Dritte Reich erklärten, Dr. *Eberhard Taubert*, der Autor, als Spezialist für antikommunistische Propaganda der Bonner Regierung.

Das mit Umsicht, großer Sachkenntnis und Sorgfalt zusammengestellte Programm vermittelte eine ausgezeichnete Übersicht. Es war eine höchst instruktive und nützliche Informationsschau, wenn auch kein Seminar im strengen Sinne des Wortes, denn die kritische Analyse, sei es des Gesamtkomplexes, sei es die einzelner Filme, wurde nicht geleistet. Das lag an der großen Fülle des angebotenen Materials. Es lag aber sicher auch daran, daß die Diskussionen sich zum Teil in einem Grundsatzstreit zwischen Politologen und Cineasten aufsplitteten, während es gerade darauf angekommen wäre, beide Aspekte zu vereinen: die zeitgeschichtliche Situation zu beleuchten, aus der heraus diese Filme entstanden und in die hinein sie als operative Instrumente der Propaganda wirken sollten, und die handwerklich-filmischen Mittel zu beschreiben, die dabei angewandt wurden.

Das eine ist so wichtig wie das andere, denn die große Gefahr dieser Filme besteht darin, daß sie unkontrollierte Wirkungen hervorrufen. In einigen Fällen bewirkt das veraltete ästhetische Instrumentarium und die antiquierte Gefühls- und Gedankenwelt einen komischen Verfremdungseffekt, der es dem heutigen Betrachter schwer macht, die historische Wirkung dieser Filme auch nur intellektuell nachzuvollziehen und retrospektiv richtig einzuschätzen. Andere Filme wieder, die eine noch immer aktuelle Themenstellung haben, an nach wie vor virulente Vorurteile anknüpfen und ihre Propaganda geschickter vortragen, wirken unter Umständen tiefenpsychologisch nachhaltiger und programmieren so das politische Bewußtsein wirksamer, als die betroffenen Zuschauer, die sich selbst Unbefangenheit bestätigen, einzugestehen bereit sind.

Damit ist schon die auch in Oberhausen diskutierte Frage beantwortet, ob und wie man NS-Filme heute zeigen könne und solle. Eine unkommentierte Vorführung in der Öffentlichkeit ist nach wie vor mit Nachdruck abzulehnen. Andererseits ist es nur logisch, wenn man in eine kritische Darstellung des Dritten Reiches anhand seiner Dokumente, wie sie in den letzten Jahren begonnen wurde, auch den Film einbezieht.

Die Teilnehmer des Seminars von Oberhausen richteten deshalb an die neue Bundesregierung die Bitte, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die noch vorhandenen Archiv-

bestände an NS-Filmen für die politische Bildungsarbeit der Jugend- und Erwachsenenverbände zur Verfügung gestellt werden. Um jeden Mißbrauch zu verhindern, wurde vorgeschlagen, die Ausleihe über die Landeszentralen für politische Bildung laufen zu lassen. Voraussetzung für dieses Programm wäre allerdings die Bereitstellung der nötigen Haushaltsmittel, um nicht nur die erforderliche Anzahl von Verleihkopien herzustellen, sondern auch das unbedingt notwendige Informationsmaterial für eine seminaristische Auswertung vorbereiten zu lassen.

Gerhard Schoenberner